Artikel vom 20.05.2016 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 05:50 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/20-2016-nicht-nur-glyphosat

20/2016 - Nicht nur Glyphosat



Glyphosat gilt als Symbol für die mächtige und ‚böse' Agrarindustrie und ist willkommener Anlass, um zum Generalangriff auf den chemischen Pflanzenschutz zu blasen. Stefan Sallen

Nachdem sich Befürworter und Gegner des Pflanzenschutzwirkstoffes Glyphosat diverse Studien um die Ohren geschlagen haben, hat der Streit um die Wiederzulassung des Totalherbizides mittlerweile sogar einen Koalitionsstreit ausgelöst. Im Grunde genommen geht es aber um mehr als um eine einzige chemische Substanz.

Eigentlich unvorstellbar: Ein Pflanzenschutzwirkstoff löst einen handfesten Koalitionskrach innerhalb der Bundesregierung aus und die Kanzlerin will selbst im Streit vermitteln. Ist aber so! Quasi in letzter Minute haben sich die sozialdemokratischen Minister im Kabinett – allen voran Umweltministerin Barbara Hendricks – gegen die EU-weite Zulassungsverlängerung von Glyphosat ausgesprochen. Zum Ärger von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, der „überhaupt kein Verständnis für die Rolle rückwärts“ seiner roten Ministerkolleginnen und -kollegen hat. Einigt man sich nicht, muss sich Deutschland bei der entscheidenden Abstimmung enthalten. Eine Zulassung des Wirkstoffes stünde dann auf der Kippe, weil Deutschland als „Zünglein an der Waage“ gilt.

Nun, der Streit um Glyphosat schwelt mittlerweile über Monate und wird so langsam zu einer „unendlichen Geschichte“. Wissenschaftlich fundierte Studien, wie zum Beispiel vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), werden von Pflanzenschutzgegnern, die nicht nur bei den Natur- und Umweltschutzverbänden, sondern auch bei den grünen Politikern zu finden sind, ignoriert und unter den Generalverdacht der „Industriehörigkeit“ gestellt. Stattdessen werden eigene Ergebnisse zweifelhafter „Umweltinstitute“ (Glyphosat in Muttermilch oder in Bier) medienwirksam verbreitet, auf die viele Politiker (siehe unsere Umweltministerin) mehr oder weniger „abfahren“. Da-ran dürfte auch die Meldung nichts ändern, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat mittlerweile als „wahrscheinlich doch nicht krebserregend“ einstuft (siehe Kasten S. 10). Angst und Halbwissen unter der Bevölkerung sind offenbar die Mittel, um dem Ziel einer „Agrarwende“ näherzukommen.

Die Landwirte haben zurzeit angesichts der Preismiseren auf fast allen Agrarmärkten andere Sorgen, als sich über die Zulassung oder Nichtzulassung eines Herbizides aufzuregen, das zwar eine kostengünstige und erosionsschonende Pflanzenproduktion ermöglicht, aber auf das man auch wohl verzichten könnte. Doch hier geht es um mehr. Glyphosat gilt als Symbol für die mächtige und „böse“ Agrarindustrie und ist willkommener Anlass, um zum Generalangriff auf den chemischen Pflanzenschutz zu blasen. So ist man auf dem besten Wege, einen Wirkstoff nach dem anderen erfolgreich zu attackieren. Nicht nur Glyphosat, sondern auch Neonicotinoide, Azole oder andere Wirkstoffe werden aussortiert oder stehen zumindest auf der Kippe. Und es ist wohl kaum ein Zufall, wenn jetzt der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in seinem Umweltgutachten 2016 insbesondere „Handlungsbedarf im Hinblick auf den chemischen Pflanzenschutz“ sieht (siehe S. 8).

Natürlich lässt sich bei jeder Technologie ein Restrisiko aufzeigen – auch beim chemischen Pflanzenschutz. Doch es genügt nicht, die Frage zu stellen, welche Risiken man eingeht, wenn man chemischen Pflanzenschutz betreibt. Man muss mit der- selben Sorgfalt und Unvoreingenommenheit die Frage prüfen, auf welche Risiken man sich einlässt, wenn man auf weitere Fortschritte beim effizienten Einsatz von

Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft verzichten will. Bauern, aber auch Fachleute wissen, dass die Reduzierung von Wirkstoffen nicht einen geringeren, sondern nur den ungezielteren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zur Folge hat, also nicht mehr, sondern weniger Umweltschutz bedeutet. Beispiele gibt es genug: Statt selektiver Mittel werden wieder Breitbandmittel eingesetzt. Resistenzen können nicht mehr bekämpft werden, weil ein Mittelwechsel nicht mehr möglich ist. Fruchtfolgen werden eingeengt, nicht weil die Früchte nicht in die Fruchtfolge passen, sondern weil sie nicht mehr geschützt werden können. Ohne den Einsatz von Pflanzenschutz- und auch Düngemitteln kann die wachsende Nachfrage nach Nahrungsmitteln weltweit nicht gedeckt werden. Wer was anderes glaubt, ist blauäugig. Und – Stichwort: Biodiversität – auch mechanische Maßnahmen, wie Grubber, Pflug und Hacke, beeinflussen die Vielfalt der Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen in der Agrarlandschaft.

Wer deshalb eine ausreichende Versorgung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln, eine wettbewerbsstarke Landwirtschaft und die Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes in Einklang bringen will, darf umweltpolitische Anforderungen nicht nach politischen Effekten ausrichten, sondern sollte sie mit seriösen und wissensbasierten Notwendigkeiten begründen. Nur so kann sich eine gekonnte und umweltverträgliche Landwirtschaft weiterentwickeln.